

(BuVo09.035 Eigenverantwortung 17.09.2010)

**Einstimmiger Beschluss des MIT-Bundesvorstands am 17.09.2010
nach Vorlage**

- **der Kommission Ordnungs- und Mittelstandspolitik, Vors. Frank Gotthardt und Hartmut Schauerte**
- **Jürgen Presser**

Ordnungspolitischer Kompass für Deutschland - Ohne Eigenverantwortung keine Freiheit -

Die Soziale Marktwirtschaft ist das tragende Ordnungsprinzip, nach dem das Wirtschaftsleben in der Bundesrepublik gestaltet worden ist und das die Voraussetzung für den außerordentlichen großen wirtschaftlichen Aufschwung war, den wir heute verzeichnen können. Das Wesen dieser Marktwirtschaft besteht hauptsächlich darin, dass der Wirtschaftsprozess, d.h. Produktion, Güter- und Einkommensverteilung, nicht durch obrigkeitlichen Zwang gelenkt, sondern innerhalb eines wirtschaftspolitisch gesetzten Ordnungsrahmens durch die Funktion freier Preise und den Motor eines freien Leistungswettbewerbs selbstständig gesteuert wird. Die CDU würde sich selbst preisgeben und das deutsche Volk sozialistischen Experimenten überantworten, wenn sie nur einen Augenblick versagt und den Boden der Sozialen Marktwirtschaft verläßt. Diese zu verteidigen ist nicht um des Dogmas, sondern um des deutschen Volkes Willen höchstes Gebot.

Die stärkste Stütze einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist der Wille der Individuen, sich die Freiheit ihrer Lebensführung zu bewahren und sich nicht in allen Lebensäußerungen schablonisieren, uniformieren und kollektivieren zu lassen. Als Grundsatz muss wieder zur Geltung kommen, dass jeder arbeitende Mensch ohne gnädige Hilfe des Staates und ohne in seine Abhängigkeit zu geraten seine materielle Existenz und die Vorsorge für seine Zukunft aus eigener Kraft und Leistung heraus sicherzustellen in der Lage sein soll. Dann wird sich erst zeigen, wie viel lebendige Kraft das deutsche Volk noch zu entwickeln in der Lage ist und wie sehr es seinem innersten Wesen widerspricht, aus einem falsch verstandenen Sicherheitsbedürfnis heraus nach kollektiver Hilfe zu schreien.

Denn es widerspricht der marktwirtschaftlichen Ordnung, die die Entscheidung über Produktion und Konsum dem Einzelnen überlässt, die private Initiative bei der Vorsorge für die Wechselfälle und Notstände des Lebens auch dann auszuschalten, wenn der Einzelne dazu fähig und gewillt ist, selbstverantwortlich und eigenständig vorzusorgen. Wirtschaftliche Freiheit und totaler Versicherungszwang vertragen sich nicht. Die beste Sicherheit ist die, wenn der einzelne Mensch wieder zu dem Bewusstsein und zu der Gewissheit gelangt, dass er auf Grund seiner Leistungen und seiner Arbeit sein Schicksal selbst gestalten kann.

Jeder Einzelne ist aufgerufen, dafür zu sorgen, dass wir wieder zu Formen des Zusammenlebens von Menschen kommen, in denen sich der Staatsbürger zunächst einmal für das Schicksal selbst verantwortlich fühlt und nicht mehr bereit ist, in einer nebelhaften Anonymität unterzugehen – darum aber auch nicht vorbehaltlos einer Institution das Recht einräumt, ihr Mandat nach Belieben zu handhaben.

Die Stellung des Individuums im Staat oder besser die Einstellung des Bürgers zum Staat sollte jedem politisch Verantwortlichen ständig Anlass ernster Überlegung sein. Es ist notwendig, den Willen zur Unabhängigkeit und zur Freiheit, der einen der elementarsten Kräfte der Menschen darstellt, wachzuhalten und täglich neu zu bestärken. Als Ziel einer weitschauenden Politik muss

der Wille stehen, in zunehmendem Maße dem Menschen wieder die Möglichkeit zu eröffnen, sein Leben und sein Schicksal aus eigener Kraft und Leistung selbstverantwortlich gestalten zu können. Denn je mehr wir es dahin bringen, dass sich die Menschen als Individuen fühlen und sich gerade in der persönlichen Freiheit ihrer Kraft und Würde bewusst werden, umso besser und wohltätiger wird die gesamte gesellschaftliche Ordnung sein. Diese wird von viel höherer sittlicher Qualität sein als eine Gesellschaft, die immer neuer Organisationen und Institutionen bedarf, um das Chaos einer aus ihren inneren Zusammenhängen gerissenen Wirtschaft zu bändigen.

Die CDU Deutschlands möge diese Grundausrichtung für ihre politische Arbeit und für die zukünftige Regierungsarbeit als Maßstab nehmen.